

Bericht und Antrag des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft

Bericht und Antrag über die 27. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 26. bis 28. August 2018 in Mariehamn, Åland-Inseln

I. Bericht

Im letzten Jahr fand die 27. Ostseeparlamentarierkonferenz unter dem Leitmotiv „Die Ostsee – unsere Lebensader“ statt. Ziel der letztjährigen Konferenz war die Verabschiedung einer Resolution zu Kooperation, Nachhaltigkeit und erneuerbarer Energie in der Ostseeregion. Die rund 170 Delegierten nationaler und regionaler Parlamente waren zu Gast in Mariehamn, der Hauptstadt der autonomen finnischen Region Åland. Ursprünglich gegründet, um eine gemeinsame Identität der Ostseeregion zu schaffen und die Kooperation zwischen nationalen und regionalen Parlamenten zu fördern, beinhaltet die Konferenz heute neben umweltpolitischen Themen auch wirtschafts-, energie- und sozialpolitische Themen. Mittlerweile ist die Konferenz ein wichtiges Netzwerk der Parlamentarierinnen und Parlamentarier dieser Region und eine wichtige Größe für die Politik im Ostseeraum. Zudem dient sie als Vorbild und Modell für andere Makroregionen, wie zum Beispiel den Nordseeraum.

Für Bremen nahmen Sülmez Dogan, Vizepräsidentin der Bremischen Bürgerschaft, und Antje Grotheer, stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, teil.

Für die Umsetzung der Resolution der BSPC und der damit verbundenen Wirksamkeit der Beschlüsse sind die regionalen und nationalen Parlamente gefordert, was auf dieser Konferenz eingefordert wurde.

Die Bremische Bürgerschaft hat dies zuletzt mit dem Bericht über die 26. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 3. bis 5. September 2017 in Hamburg, erfüllt.

Die dem Bericht als Anlage beigefügte Resolution wurde auf der 27. Ostseeparlamentarierkonferenz verabschiedet.

Eröffnet wurde die Konferenz durch Sauli Niinistö, Präsident der Finnischen Republik. In seiner Eröffnungsrede betonte der Präsident die Verantwortung der jetzigen Generation für die Verwirklichung der Ziele zum Schutze der Umwelt in der Ostseeregion. Anschließend wurden die Gäste durch Gun-Mari Lindholm, Präsidentin des Parlamentes der autonomen finnischen Region Åland begrüßt. Thematische Schwerpunkte der Konferenz waren

- die Zusammenarbeit der Ostseeregion
- die Vision einer sauberen Ostsee
- sowie intelligente Strategien für nachhaltige Energien.

Ebenso wurde der Zwischenbericht der BSPC-Arbeitsgruppe „Migration und Integration“ vorgestellt.

Die erste Sitzung fand am Sonntag, den 26. August im Plenarsaal des Parlamentes in Åland statt. Innerhalb der ersten Sitzung, deren Vorsitz Jörgen Petterson, Präsident der BSPC innehatte, lag der Fokus auf der Zusammenarbeit der Ostseeregionen. Zu Beginn berichtete Jörgen Petterson vom BSPC Vorsitz und anschließend informierte Carola Veit, Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft und Vizepräsidentin des BSPC über die Implementierung der 26. BSPC Resolution. Hans Olsson, Botschafter für Schweden betonte in seiner Rede folgende Prioritäten: Integrität, soziale Sicherheit, Dialog und Verantwortung. Weitere Redner waren unter anderem Hans Wallmark, Mitglied des schwedischen Parlamentes und Vorsitzender der Arbeitsgruppe zu Migration und Integration sowie Simon Holmström und Hanna Salmén, die das Manifest des Jugend-Events „Regeneration 2030“ vorstellten, welches eine Woche zuvor in Mariehamn stattgefunden hatte.

Den Vorsitz für den zweiten Sitzungsabschnitt übernahmen Prof. Dr. Janis Vucans, Mitglied des lettischen Parlamentes und Dorota Arciszewska-Mielewczyk, Mitglied des polnischen Parlamentes. Die Redner diskutierten ihre Sicht auf die Umsetzung der Vision einer sauberen Ostsee. Camilla Gunell, stellvertretende Premierministerin der Åland Inseln und Ministerin für Handel, Umwelt und Energie, informierte über die Nachhaltigkeitstrategie der Åland Inseln als Best-Practice Beispiel in der Ostseeregion. Jari Nakhanen, Vorsitzender der CPMR Baltic Sea Commission, betonte, dass der Schwerpunkt auf Implementation, ausreichender Finanzierung sowie der Unterstützung von lokalen und regionalen Akteuren liegen müsse.

Der dritte Sitzungsabschnitt widmete sich den erneuerbaren und intelligenten Energien. In den Diskussionen wurden unter anderem Pilotprojekte zur neuen Generation von Stromnetzen in der Ostseeregion vorgestellt. Berndt Schalin, leitender Berater der ålandischen Regierung, stellte ein Projekt vor, welches ein Energiesystem realisieren soll, in das neue Energiemärkte und Regulierungen implementiert werden können. Reinis Aboltins, leitender Berater für Energie in Lettland, beschrieb die Herausforderungen die erneuerbare Energien in der Ostseeregion mit sich bringen. Anschließend wurde eine Debatte im neuen Format geführt, ohne inhaltliche Beschränkung, die jeder und jedem die Möglichkeit geben sollte einen persönlichen Beitrag zu leisten. Es folgte eine kontroverse und lebhaftige Debatte, in der verschiedene Ansichten und diverse Positionen vertreten und diskutiert wurden.

Im Anschluss wurde die Resolution der 27. BSPC angenommen und das Strategie- und Arbeitsprogramm für 2018/2019 veröffentlicht.

Die Resolution betont die Bemühungen der Unterzeichner für Frieden, gute Nachbarschaft und enge Zusammenarbeit in der Ostseeregion sowie die gemeinsame politische Verantwortung für eine saubere Ostsee. Weiterhin wird der Zustand der Ostsee als kritisch betrachtet, insbesondere die hohe Belastung mit Nähr- und Schadstoffen und die Verschmutzung durch Müll. Hier ruft die Resolution zu mehr Handlung auf, um eine saubere Ostsee zu fördern. Auch erneuerbare Energien sollen besser genutzt werden durch den Bau und die Ausweitung reibungsloser Stromnetze. Auch im Bereich Migration und Integration soll die Zusammenarbeit verstärkt werden unter anderem durch verbesserten Dialog sowie ganzheitlichen Lösungen und verstärkten Integrationsbemühungen. Die englische Version der Resolution ist auf der Internetseite der BSPC nachzulesen.

Die 28. BSPC wird vom 25. bis 27. August in Oslo stattfinden.

II. Beschlussempfehlung

Der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft hält es für erforderlich, dass die Bürgerschaft (Landtag) als Mitglied der Ostseeparlamentarierkonferenz weiter ihren Beitrag zur Umsetzung der Empfehlungen der Resolution leisten solle. Daher wird empfohlen, dass die Ausschüsse und Deputationen die im Bericht und in der Resolution abgesprochenen Punkte aufgreifen.

Des Weiteren wird empfohlen, dass sich die Bürgerschaft (Landtag) weiterhin an der Ostseeparlamentarierkonferenz beteiligt.

III. Antrag

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Empfehlungen bei und nimmt von dem Bericht und den weiteren Anlagen Kenntnis.

Entschließung der Konferenz

angenommen von der 27. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Staaten der Ostseeregion*, die vom 26. bis 28. August 2018 in Mariehamn (Åland) zusammengekommen sind,

- bekunden erneut ihre Erwartung, dass alle Ostseeanrainerstaaten sich nach Kräften bemühen, dass die Ostseeregion weiterhin eine Region der friedlichen und engen Nachbarschaft und der intensiven Zusammenarbeit auf der Grundlage demokratischer Werte, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der Chancengleichheit für alle bleibt. Zu diesem Zweck werden sie alle Chancen des parlamentarischen, behördlichen und gesellschaftlichen Austauschs und des demokratischen Dialogs zwischen Nachbarn wahrnehmen. Aus diesem Grund begrüßen sie die Stockholmer Erklärung des Ostseerates und insbesondere den Reformfahrplan. Sie begrüßen ferner die Wiederaufnahme der Außenministertreffen des Ostseerates, unter anderem unter schwedischer Präsidentschaft, fordern aber zusätzlich die Wiederaufnahme der Gipfeltreffen der Ostseeanrainerstaaten. Dies wird den Dialog fördern, die Zusammenarbeit stärken und sich in Form von Frieden manifestieren;
- begrüßen die umfassenden Umsetzungserklärungen und Berichte der Regierungen der Ostseeregion zu der Entschließung der 26. BSPC und die bei der Umsetzung der Handlungsaufforderungen der BSPC erzielten Fortschritte;
- begrüßen die Bemühungen der schwedischen Ostseeratspräsidentschaft 2017/2018, die regionale Zusammenarbeit in der Ostsee kohärenter zu gestalten, nehmen die Fortschritte des Ostseerates – ausgehend von den Prioritäten Nachhaltigkeit, Kontinuität und Anpassungsfähigkeit in Rahmen der VN-Ziele für 2030 – zur Kenntnis, und anerkennen die Leistungen in den Bereichen nachhaltige Entwicklung, Jugend, Bekämpfung des Menschenhandels, Kinderschutz und Bevölkerungsschutz;
- bestärken die lettische Ostseeratspräsidentschaft 2018/2019 darin, die Bemühungen im Rahmen ihrer drei Prioritäten Integrität & gesellschaftliche Sicherheit, Dialog und Verantwortung fortzusetzen;
- teilen die Vision der „Vision Group“ des Ostseerates, dass die Ostseeregion im Bereich der Umwelt-, Wirtschafts-, Sozial- und Sicherheitsstandards und -strategien zu einem Vorzeigemodell mit einer lebendigen regionalen Zivilgesellschaft werden soll, und werden den Bericht der „Vision Group“ bei ihren weiteren Beratungen über die künftigen Entwicklungen in der Ostseeregion berücksichtigen;

- unterstreichen erneut, dass ein politischer Austausch zwischen jungen Menschen notwendig ist, und werden auf der Grundlage der Jugendprojekte der angeschlossenen Parlamente und parlamentarischen Institutionen die Einrichtung eines Ostseeparlamentarier-Jugendforums in die Wege leiten, aber ebenso auf eine engere Zusammenarbeit zwischen Jugendorganisationen in der Ostseeregion und Formaten wie „Regeneration 2030“ hinwirken und damit junge Menschen in die Beratung von Fragen, die in der BSPC zu erörtern sind, einbeziehen;
 - begrüßen alle Bemühungen, um eine gesunde und saubere Ostsee zu erreichen;
 - arbeiten an einer Möglichkeit, als ersten Schritt im Rahmen einer progressiven Außen- und Handelspolitik das Problem der Kunststoffabfälle auf globaler Ebene anzugehen;
 - begrüßen nachdrücklich alle konkreten Maßnahmen und alle Vorschriften, um Einwegprodukte aus Kunststoff, die am häufigsten an den Stränden und in den Meeren gefunden werden, sowie Fischfanggeräte, die im Meer verloren gegangen sind oder zurückgelassen wurden, zu verbieten beziehungsweise deren Gebrauch zu reduzieren, und wollen daran mitwirken, Verbraucher für die negativen Auswirkungen des Gebrauchs von Plastikmüll zu sensibilisieren;
 - erörtern die Themen Zusammenarbeit, Vision einer gesunden Ostsee, nachhaltige Energie sowie Migration und Integration;
 - fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union auf, im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region
1. die Politik der Nördlichen Dimension, die EU-Strategie für den Ostseeraum und die russische Strategie für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Föderalen Distrikts Nordwest stärker miteinander zu verzahnen;
 2. den Umfang der länderübergreifenden Programme, die den gesamten Ostseeraum abdecken, auszuweiten, und diese Möglichkeit und die entsprechende Finanzierung formal in allen makroregionalen Strategien zu verankern, um die Beziehungen zwischen benachbarten Ländern zu verbessern;
 3. die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Migration und Integration zu verstärken und dabei alle Ostseeanrainerstaaten einzubeziehen, um ähnliche Aufgaben besser zu bewältigen;
 4. Programme im Rahmen von Besuchen und multinationalen Jugendtreffen zu vertiefen mit dem Ziel, einander zu begegnen, das gegenseitige Verständnis zu fördern und Beziehungen aufzubauen;
 5. Bezugnehmend auf die im Juni 2017 von den Arbeitsministerien der Ostseeratsstaaten verabschiedete Ministererklärung – im Bereich von Arbeit und Beschäftigung in der Ostseeregion aktiv die Arbeit der „Ostseerats-/BSLF-Koordinierungsgruppe zu Arbeit und Beschäftigung“ (CG) zu unterstützen, die sich auf Querschnittsthemen und aktuelle Fragen konzentriert, und zwar auf die neuen Qualifikationen, die für künftige Arbeitsmodelle erforderlich sind, und ihre Verknüpfung mit der Ausbildung und dem Bedarf des Arbeitsmarktes, das lebenslange Lernen sowie umfassende Arbeitsmarktprognosen und -forschungen unter Einbeziehung der demografischen Herausforderungen; für Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen zu sorgen;
 6. sich den Herausforderungen einer alternden Bevölkerung, des sozialen Zusammenhalts und der nachhaltigen Entwicklung in der Ostseeregion durch eine verstärkte Zusammenarbeit bei Anreizen und praktischen Systemen für lebenslanges Lernen und Erwachsenenbildung, die Anpassung

der Beschäftigungsbedingungen und Arbeitsplätze an ältere Menschen, Strategien zur Bekämpfung der Altersdiskriminierung, gesundheitsfördernde Maßnahmen und flexible und stufenweise Ruhestandsregelungen zu stellen;

im Hinblick auf die Vision einer gesunden Ostsee weitere Maßnahmen zu ergreifen, um

7. - da die BSPC die Ministererklärung der HELCOM vom 6. März 2018 in Brüssel unterstützt und deren kritische Einschätzung des Zustands der Ostsee unter verschiedenen Gesichtspunkten teilt - die in der Ministererklärung enthaltenen Beschlüsse entschlossen umzusetzen;
8. wirksame Koordinierungsprozesse und -strategien einzuleiten, um die Umsetzungsstrategie für die Agenda für nachhaltiges blaues Wachstum in der Ostseeregion zu unterstützen;
9. die Konsultationen und die Kooperation hinsichtlich einer räumlichen Gesamtplanung für die Ostseeregion auszubauen und dabei alle Interessen und Aspekte im Zusammenhang mit der Wirtschaft (Schiffsverkehr, Fischerei, Energie, Tourismus und so weiter), der Umwelt und den Nachbarländern zu berücksichtigen;
10. angesichts dessen, dass je nach Land lediglich 25 bis 60 Prozent der Zielvorgaben des bis 2021 umzusetzenden HELCOM-Ostseeaktionsplans gegenwärtig auf nationaler Ebene erfüllt werden, die Anstrengungen auf nationaler und regionaler Ebene zur Festlegung geeigneter politischer Prioritäten dringend zu verstärken, um so die Zielsetzungen des Aktionsplans soweit möglich termingerecht bis 2021 zu verwirklichen;
11. regelmäßig HELCOM-Ministertreffen abzuhalten – unter Einbeziehung aller zuständigen Minister eines jeden Mitgliedstaats – und zu völkerrechtlich verbindlichen Regelungen zu gelangen – wie es bei den Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Seeverkehr mit Beteiligung der Verkehrsminister der Fall war – und auf diese Weise das Thema saubere Ostsee stärker in die politische Debatte der einzelnen Staaten und Regionen einzubeziehen und eine verbindlichere Durchsetzung der erzielten Vereinbarungen zu erreichen;
12. gemeinsame wie auch zusätzliche nationale und regionale Nachhaltigkeitsstrategien zur Erreichung der Ziele der VN-Agenda 2030 zu entwickeln beziehungsweise weiter auszubauen und die Vision einer sauberen, von Meeresabfällen freien Ostsee bei gleichzeitiger Förderung nachhaltiger Landbewirtschaftungsmethoden, eines nachhaltigeren Schiffsverkehrs und der Bekämpfung von Eutrophierung und Unterwasserlärm zu verwirklichen;
13. die von den Vereinten Nationen ausgerufene „Dekade der Meeresforschung für Nachhaltige Entwicklung“ von 2021 bis 2030 vorzubereiten und mitzugestalten, um so das Ziel eines „Ocean we need for the future we want“ zu erreichen;
14. das Verhältnis zwischen den VN-Zielen für eine nachhaltige Entwicklung und den Menschenrechten weiter zu stärken und dabei ihre enge Verknüpfung und wechselseitige Stärkung anzuerkennen;
15. Präventivmaßnahmen wie auch Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um die Abwasserqualität zu verbessern und unbehandelte Einleitungen umgehend zu beenden, und entschlossen eine Säuberung des stark verschmutzten Meeres in Angriff zu nehmen;
16. gegen die besorgniserregende Menge an Kunststoffen und Mikroplastik in den Meeren dringend wirksam vorzugehen; die Vorschriften zur Reduzierung beziehungsweise zum Verbot von Einwegkunststoffen zu unterstützen und schnellstmöglich umzusetzen; die Öffentlichkeit für die Verschmutzung durch Mikroplastik im gesamten Ökosystem der Ostsee zu

sensibilisieren und den Verbrauchern nahelegen, Körperpflegemittel, die primäres Mikroplastik enthalten, zu vermeiden;

im Hinblick auf nachhaltige Energie und intelligente Plattformen für die Energieverteilung

17. die grenzüberschreitenden Übertragungsverbindungen durch den Bau und die Ausweitung reibungsloser Stromnetze zu verbessern und effizient zu nutzen, damit in den neuen Energiemärkten und bei den neuen Formen von Energiedienstleistungen und -erzeugnissen besser erneuerbare Energien integriert werden können, sowie auch Unterseeverbindungen zur Integration der Netze zu nutzen;

im Hinblick auf Migration und Integration

18. die objektiv bestehenden Unterschiede im politischen System sowie auch bei den historischen und kulturellen Erfahrungen aufgrund der Narben des Zweiten Weltkriegs anzuerkennen, die Beratungen und Überlegungen über Flucht und Migration fortzusetzen und bewährte Methoden zur Sensibilisierung unserer Gesellschaften auszutauschen;
19. einen den gesamten Ostseeraum erfassenden Datenbestand zu den Integrationsbedingungen anzulegen und Maßnahmen für eine stärker faktenbasierte öffentliche Diskussion in die Wege zu leiten;
20. den Dialog zu Migration und Integration zwischen den Ostseeanrainerstaaten zu intensivieren;
21. das Angebot von migrationsspezifischen Beratungsleistungen und von Sprachunterricht zu steigern, um die Integrationsbemühungen zu verstärken;
22. Projekte zur Beratung und Förderung von Freiwilligen, örtlichen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die im Integrationsbereich tätig sind, auszuweiten, und die verbindende und integrierende Rolle des Sports zu berücksichtigen;
23. Migrations- und Sicherheitsgesichtspunkte in anderen relevanten Politikbereichen wie Handel, Arbeitnehmerrechte und Umweltschutz zu berücksichtigen;
24. ganzheitliche und vielseitige Lösungen für die mit der aktuellen Flüchtlings- und Migrationspolitik verbundenen Herausforderungen zu suchen, wozu unter anderem eine richtig abgestimmte Kombination aus Migrationssteuerung, humanitärer Hilfe, politischen Lösungen, europäischer und internationaler Zusammenarbeit, fairen Handelsabkommen und Entwicklungshilfe zählt;

im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung und das Wachstum in der Ostseeregion

25. die Umsetzungsstrategie für die Agenda für nachhaltiges blaues Wachstum in der Ostseeregion zu unterstützen;
26. anzuerkennen, dass die Ostsee eine äußerst wichtige Seeverkehrsachse (eine Meeresautobahn) für alle ihre Anrainer, eine Ernährungs- (Fischerei) und Energieressource (Öl, Gas, Wind und Wellen) sowie ein Erholungsgebiet für Millionen Touristen darstellt, und deshalb alle Möglichkeiten der Ostseekooperation zu nutzen, durch die sich alle Interessen und Aspekte im Zusammenhang mit der Wirtschaft, der Umwelt und den Nachbarländern regeln und berücksichtigen lassen;
27. die transeuropäischen Verkehrsnetze in der Ostseeregion weiter auszubauen und Initiativen zur Angleichung der Mautsysteme in Europa und insbesondere den Ostseeanrainerstaaten zu ergreifen, damit der See- und Schienenverkehr im Vergleich zum Lkw-Verkehr wirtschaftlicher wird;

28. darauf hinzuwirken, dass die Ostsee zu einer Vorreiterregion bei der automatisierten Schifffahrt wird.

Ferner beschließt die Konferenz, das freundliche Angebot des norwegischen Parlaments dankbar zu begrüßen, die 28. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 25. bis 27. August 2019 in Oslo auszurichten.

*Parlamente und parlamentarische Institutionen: Baltische Versammlung

Freie Hansestadt Bremen

Dänemark Estland

Europäisches Parlament Färöer

Bundesrepublik Deutschland Finnland

Freie und Hansestadt Hamburg Island

Region Kaliningrad Republik Karelien Lettland

Region Leningrad Litauen

Mecklenburg-Vorpommern Nordischer Rat

Norwegen Polen

Föderationsrat der Bundesversammlung der Russischen Föderation Staatsduma
der Bundesversammlung der Russischen Föderation Stadt St. Petersburg

Schleswig-Holstein Schweden

Åland-Inseln